

# Laibacher Zeitung.



Nr. 32.

Pränumerationspreis: 3m Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Wit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 9. Februar

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 fr., 2m. 80 fr., 3m. 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 fr., 2m. 8 fr., 3m. 10 fr. u. j. w. Insertionsstempel jedesm. 50 fr.

1866.

## Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben dem Gutsbesitzer in Ungarn Gabriel Grafen Pejačević von Beröcze und dem Obersten des Geniestabes Vincenz Ritter Poradowski von Korab die k. k. Rämmerwürde allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. Februar d. J. den mit dem Titel und Charakter eines Statthaltereirathes bekleideten Referenten der Lemberger Grundlastenablosungs- und Regulirungslandeskommision Vincenz Chitry und Regulirungslandeskommision Vincenz Chitry und v. Freiselsfeld zum Statthaltereirathe extra statum der Statthaltereie in Lemberg allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 5. Jänner d. J. den Honorarkonsul in Riga C. E. Stephany auf sein Ansuchen seines Amtes zu entheben und den Kaufmann Gustav Brandt zum unbefoldeten Konsul ebendasselbst mit dem Rechte zum Bezuge der tarifmäßigen Konsulargebühren allergnädigst zu ernennen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 9. Februar.

In der Adresskommission des ungarischen Landtages soll, wie man einem Wiener Blatte meldet, noch in den letzten Tagen eine Verständigung in den wichtigsten Punkten des Ausgleichsprojektes zu Stande gekommen sein, was wohl der unmittelbaren Nähe Sr. Majestät und dem entschieden ausgesprochenen Wunsche des Kaisers, den Ausgleich herbeizuführen, hauptsächlich zugeschrieben werden muß. Gestern nun soll der vereinbarte Adressentwurf dem Landtage bereits vorgelegt worden sein und erfährt man über den Inhalt desselben nachstehende Details:

Der Ton des Entwurfes soll, wie aus Pest berichtet wird, entschieden loyal sein; auf die Ernennung des ungarischen Ministeriums wird Nachdruck gelegt. Nach einer telegraphischen Meldung der „N. Fr. Pr.“ enthält der Entwurf 58 Alineas; er spricht den Dank des Hauses für die Anerkennung der Rechtskontinuität aus, welche indeß, so lange sie bloß theoretisch und nicht auch faktisch erfolge, keinen Werth habe. Ferner äußert sich die Adresse über die verfassungsmäßige Vorlage des Oktober- und Februar-Patentes, welches letztere schon deshalb unannehmbar sei, weil dasselbe eine der ungarischen Regierung nicht unterstehende selbständige Behörde in Ungarn feststelle. Die Adresse dankt für die Einberufung Siebenbürgens und Kroatiens, bei welcher letzterem sie übrigens Dalmatien und Fiume vermissen, zum Reichstage; erklärt in Betreff der gemeinsamen Angelegenheiten, Ungarn könne auf die Regierung der jenseitigen, westlichen Länder keinen Einfluß nehmen, wünsche aber, daß hier wie dort konstitutionell regiert werde. Wegen Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten werde übrigens eine besondere Vorlage an die Krone erfolgen. Schließlich geht die Adresse auf die besonderen materiellen und anderweitigen Angelegenheiten Ungarns über und bittet um eine vollständige Amnestie für die politischen Verbrecher.

Dem „Vaterland“ zufolge soll ferner in der Adresse die Gleichstellung der Einwohner aller Religionen gefordert werden, und es äußert sich das genannte Blatt sohin über den Entwurf nachstehend:

Der letztere Punkt wird sicherlich zu keinen weiteren Differenzen Anlaß geben, so schwer wiegend er an sich ist; und was die Vorbedingungen der Revision der 1848er Gesetze, die Herstellung des Ministeriums und der Municipien betrifft, so scheint man an maßgebender Stelle gesonnen, sie zu bewilligen. Es ist ein sehr bedeutungsvoller Schritt, mit dem man dann doch immer erst nur unbestimmte Zusagen erkaufte hätte.

Der bereits telegraphisch signalisirte Artikel der Berliner „Kreuzzeitung“, welcher „Oesterreich im Bunde mit dem Sechsendreißiger-Ausschusse“ überschrieben ist und von tragikomischen Wuthausbrüchen gegen Oesterreich froh, liegt nun dem Wortlaute nach vor; er sucht zu beweisen, daß Oesterreich die Agitationen der Augustenburgischen Demagogie in Holstein gegen Preußen begünstigt und fördert, warnt vor Vertuschung und Demantelung dieser Sachlage und schließt mit folgenden Worten:

„Nachdem diese schleswig-holsteinische Angelegenheit nun schon seit 1848 von den Feinden Preußens zum großen Nachtheile unseres Vaterlandes vielfach ausgebeutet worden ist — wir erinnern an die Blokaden unserer Küsten; an die Differenzen mit fremden Kabinetten; an die zwangsweise erfolgte Unterwerfung der Herzogthümer unter Dänemark durch Oesterreich und die Bregenser Koalition, zu deren Verhinderung Preußen damals nur die Wahl eines europäischen Krieges ohne Nutzen für den eigenen Staat hatte, — nachdem diese schleswig-holsteinische Angelegenheit, sagen wir, endlich auf die Bahn einer Lösung, welche den Interessen Preußens und Deutschlands entspricht, gebracht ist, was erwartet da Jeder, der es ehrlich mit Preußen meint? — Wir erwarten, daß Preußen nicht dulden wird, daß es von Oesterreich durch einen Bund mit der Revolution um seine wohl erworbenen Rechte gebracht werde!“

Die letztere Auslassung ist in der That hochkomisch. „Oesterreich im Bunde mit der Revolution!“ — ruft die „Vorstadt-Zeitung“ aus — „das ist starker Tabak!“ und die „Wiener Abendpost“ findet denn auch, daß die Wogen der Aufregung in Preußen schon hoch gehen. (Wir verweisen übrigens auf den unten folgenden Artikel der „Abendpost.“)

Den Umstand, daß die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten in Pest länger das Feld behauptet, als die Vertretung des Innern, hält übrigens das „Neue Fremdenblatt“ für ein Zeichen, daß unsere Politik einen großen Charakter annimmt, einem bedeutenden Ziele nachgeht, die innere Kleinkrämerei fallen läßt, um mit einem großen Zuge das ganze Reich hinter der Fahne Oesterreichs aufzustellen.

## Der Aufenthalt Ihrer Majestäten in Pest-Ofen.

Pest, 6. Februar.

Heute Vormittags wurde auf dem Rasos vor Sr. Majestät dem Kaiser von den Truppen der Pest-Ofener Garnison ein taktisches Manöver unter dem Kommando des FML. Baron Ramming ausgeführt. Se. Majestät ritten zuerst die Fronte der Truppen ab und gaben sodann dem Kommandirenden, FML. Baron Ramming, den Befehl zum Beginn des Manövers, welches im Feuer ausgeführt wurde und bis gegen 12 Uhr Mittags dauerte. Nachdem Se. Majestät sämtliche Truppen defiliren ließen, wurde der Rückweg nach Ofen angetreten. Lange vor dem Eintreffen Sr. Majestät des Kaisers hatte sich zahlreiches Publikum eingefunden, welches Se. Majestät bei jeder Gelegenheit enthusiastisch begrüßte. Morgen Vormittags werden Se. Majestät der Kaiser das Lagerspital und das Invalidenpalais besichtigen.

Die Risfaludy-Gesellschaft hielt heute ihre feierliche Jahresversammlung. Der zweite Präsident Toldy benützte in geistreicher Weise die Schlusswendung seiner Eröffnungsrede zu einer enthusiastisch aufgenommenen Ovation für Ihre Majestät die Kaiserin und Allerhöchstderen Sympathie für die ungarische Sprache.

Ihre Majestäten erschienen auf dem Bürgerballe um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr Abends und wurden unter den Klängen der Volkshymne von dem überaus zahlreich versammelten Publikum mit nicht enden wollendem Jubel empfangen. Ihre Majestäten nahmen eine Zeilang in dem im Saale errichteten prachtvollen Zelte Platz, machten sodann einen Rundgang durch den Saal und entfernten sich gegen 9 $\frac{3}{4}$  Uhr unter den begeistertsten Zurufen der Anwesenden. Die Minister Grafen Belcredi und Mensdorff, Hofkanzler v. Majlath, Graf Esterhazy, Baron Sennyey und viele andere Notabilitäten sind gleichfalls erschienen.

## Oesterreich.

Wien, 7. Februar. Der Artikel der „Kreuz-Ztg.“ liegt uns heute im Wortlaute vor, ohne, wir gestehen dies offen, der Vorstellung, die wir uns von demselben machen, zu entsprechen. Zwar einer gewissen Logik haben wir uns zu demselben nicht verfehen, aber eine Zuthat von Geist verträgt doch die verwegendste Rabulisterei. Es wird dem Sinne des Ganzen nicht schaden, wenn wir den Schluß jenes Artikels zum Anfang machen. Das Berliner Blatt konstatirt nämlich: 1. daß Oesterreich sich im Bunde mit den augustenburgischen revolutionären Agitatoren gegen Preußen befindet; 2. daß es die Entwicklung des Preußenhasses in Holstein fördert, und 3. daß Oesterreich Handel sucht.

— Diese Behauptung ist nun allerdings gewagt; allein wir wollen nach den Gründen sehen, in der Voraussetzung, daß es uns die „Kreuz-Ztg.“ Dank wissen wird, wenn wir in ihren etwas verworrenen Gedankengang einige Ordnung bringen. Erstens beruft sich das preussische Organ auf eine Aeußerung des in Wien erscheinenden „Vaterland“ — eine Motivirung, die uns aber um so weniger schlagend erscheint, als uns nicht bekannt ist, daß das genannte österreichische Blatt unter die authentischen Quellen österreichischer Geschichtsforschung rezipirt wäre. — In zweiter Reihe beruft sich die „N. Pr. Ztg.“ auf Mittheilungen, welche ihr angeblich „von einer mit den Angelegenheiten Holsteins sehr vertrauten Seite“ zugehen, denen wir nichts weiter zu entnehmen vermögen, als daß am 30. v. M. in Rendsburg eine Rede des Aron Mez vertheilt wurde und daß am 28. v. M. in Ikehoe eine Versammlung stattfand, zu der Vertreter von zwanzig Vereinen erschienen. Wir bedauern, daß die zu oft genannte Zeitung diese Nachrichten von einem „Vertrauten“ beziehen muß, da sie dieselben ohne weiters auf dem „nicht mehr ungewöhnlichen“ Wege des Zeitungslesens weit früher erfahren hätte. Zugleich geben wir dem Berliner Blatte die große Genugthuung, feierlich zu erklären, daß wir der Höhe seines Gedankenfluges nur bewundernd zuzusehen, nicht zu folgen vermögen. Die Audeutung aber, daß Herr Aron Mez in intimer Verbindung mit der österreichischen Regierung stehe, verdiente um ihres köstlichen Humors willen in dem bevorstehenden Kölner Narrenfeste eine verkörperte Darstellung zu finden. Zum Schlusse läßt die „Kreuz-Zeitung“ das spectre rouge im Brillantfeuer erscheinen. „Wir erwarten“, so schreibt sie mit gesperrter Schrift und geballten Fäusten, „daß Preußen nicht dulden wird, daß es von Oesterreich durch einen Bund mit der Revolution um seine wohl erworbenen Rechte gebracht werde!“ Das edle Blatt möge sich beruhigen; freilich, wenn es mit dem, was die „Kreuz-Zeitung“ „wohl erworbene Rechte Preußens“ nennt, ebenso stünde, wie mit dem Bunde Oesterreichs mit der Revolution, dann müßten wir seine Besorgniß begreiflich finden. Vorderhand scheint aber der effrenirte Sansculottismus sich in den Spalten des in Berlin erscheinenden Blattes so behaglich zu fühlen, daß eine Auswanderung desselben nach Oesterreich nicht zu erwarten steht. Wir meinen diesen Artikel, vielleicht ernsthafter als es unsere Absicht war und er es verdient, hiemit abgethan zu haben. Leithäte es uns übrigens, wenn die „Kreuz-Zeitung“ sich in dem süßen Wahne wiegen sollte, es falle uns nur im entferntesten ein, anzunehmen, als habe der Verfasser desselben selbst an das geglaubt, was er geschrieben. (Wr. Abdyst.)

Prag, 6. Februar. „Politik“ schreibt über den jüngsten vielbesprochenen Artikel des „Pesti Naplo“: Mag der fragliche Artikel eine Parteimanifestation oder ein „Versehen“ der Redaktion sein, die thatsächlichen Erfolge dieser Aeußerung entsprechen sicher jener Politik nicht, der man sich im Interesse der Integrität und des historischen Rechtes der Ungarn seit Jahren bedienen zu müssen glaubte. Ein solches Auffassen des historischen Rechtes führt zur Politik der Nationalitäten, wie uns die Zentralisation unter die Fahne des historischen Rechtes führte. Mit Ostentation berichtet „Naplo“, daß die Partei der Dealisten und der Beschlußmänner nunmehr fest gekettet sei, um die 1848er Gesetze zu wahren. Die Einigung ist lobenswerth, der Zweck wird weitere Vereinigungen nach sich ziehen, und unter diesen wird jene nicht die letzte sein, deren Faktoren in denselben Gesetzen den Untergang ihrer Autonomie und ihrer Nationalitäten erblicken. — Den „Narodni Listy“ telegraphirt man aus Wien unter dem 5. d. M., „daß ein zweiter Artikel des „Pesti Naplo“ erwartet werde, welcher den in dem früheren Artikel dieses Blattes enthaltenen Angriff auf die altkonservative Partei abschwächen soll.“ — „Politik“ weist heute in ihren Erörterungen des Verhältnisses der Regierung zur Kreditanstalt nach, daß vom Standpunkte des Staatsüberaufsichtsrathes der Regierung, selbst den Beschlüssen der Generalversammlung gegenüber, unbestreitbar das Recht zustehe, gegen die Aufstellung der Bilanz, wie selbe bei der Kreditanstalt stattgefunden, Einsprache zu erheben. Kraft eines Paragraphs der Statuten der Kreditanstalt hat die Regierung über die Einhaltung derselben zu wachen. Zu den Bestimmungen der letztern gehört aber auch die, daß bei Aufstellung der Bilanz den Vorschriften des Handelsgesetzbuches gemäß vorgegangen werden müsse. Werden diese verletzt werden, also z. B. dem §. 31 des Handelsgesetzbuches entgegen die

einzelnen Vermögensstücke nicht nach dem Werthe angelegt, der ihnen zur Zeit der Aufnahme wirklich innewohnt, so involvire dies eine Statutenverletzung und die Regierung erhält das Recht zum Einschreiten, um dieselbe zu verhindern. Eine andere sich hierbei aufdringende Frage, inwieweit es opportun sei, daß die Staatsverwaltung von ihrem Rechte der Sistrung des Beschlusses der Generalversammlung Gebrauch mache, beantwortet die „Politik“ dahin: „Wenn man selbst zugeben wollte, die Regierung habe durch Aufdeckung dieser Mängel die Interessen der Aktionäre genügend gewahrt und brauche sich nicht weiter um das Schicksal das von ihr gegebenen Winkes zu bekümmern, so sei doch zu bedenken, daß die Staatsverwaltung sich nicht bloß mit dem Interesse der Aktionäre zu beschäftigen, sondern auch jenes der dritten Gläubiger im Auge zu behalten habe, denn diesen könne es nicht gleichgültig sein, ob das Gesellschaftskapital, welches ihnen für ihre Forderungen haften soll, sich täglich vermindere. Der einzelne Kaufmann, der fiktive Bilanzen aufstellt und seine Gläubiger hinter das Licht führt, kann zur Verantwortung und Strafe gezogen werden, eine Generalversammlung aber kann man nicht einsperren, auch wenn sie durch konsequente Genehmigung unrichtiger Gebahrungen die Gläubiger der Gesellschaft um ihr Geld bringt.“ „Politik“ hält daher auch vom Standpunkte der Opportunität das Veto der Regierung für vollkommen gerechtfertigt. — „Narodni Listy“ wahren dem gestern im Landtage beschlossenen „Reservat-Jagdrechte des Königs von Böhmen in der Umgegend von Prag“ gegenüber das Recht der Privatjagdbesitzer auf die Jagdgründe um Prag unter Anführung einer ganzen Reihe von Landtagsartikeln von den Jahren 1582 — 1833.

**Pest,** 6. Februar. Heute als am Geburtstag des berühmten ungarischen Dichters Karl Kisfaludy hielt die nach demselben benannte Gesellschaft, deren Zweck die Förderung der ungarischen belletristischen Literatur ist, im großen Saal der Akademie ihre öffentliche Jahresversammlung. Die Sitzungen finden der Popularität der Gesellschaft zufolge in der Regel in der Anwesenheit eines sehr zahlreichen Publikums statt. Heute aber war der Besuch ein schwächerer, was theils dem gleichzeitig unter Anwesenheit Sr. Majestät des Kaisers auf dem Ratos stattgefundenen Manöver und der vermuthlich zur selben Zeit abgehaltenen geheimen Sitzung des Unterhauses zuzuschreiben ist. Wahrscheinlich auch aus letzterem Grunde waren Baron Josef Cötvös, Präsident der Gesellschaft, und die Mitglieder derselben Baron Sigmund Kemény und Anton Csengery abwesend, obwohl andererseits wieder bemerkt werden muß, daß die Deputirten und zugleich Mitglieder der Gesellschaft Lorenz Toth, Paul Hunsaldi, Koloman Toth (zweiter Sekretär der Kisfaludy-Gesellschaft) und Karl Szász, welcher ein Gedicht vortrug, der Versammlung der schönwissenschaftlichen Gesellschaft beiwohnten. Dieselbe wurde vom zweiten Präses, dem Literaturhistoriker Dr. Franz Toldy, mit einer Rede eröffnet, welche die Bedeutung der Poesie zum Gegenstand hatte und der kulturhistorischen Mission des ungarischen Stammes für Ungarn schwungvollen, von dem versammelten Publikum mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausdruck verlieh. Hierbei benützte der Redner die Gelegenheit, die Sympathie Ihrer Majestät der Kaiserin für die ungarische Sprache zu einer geistreichen Agitation für die allerhöchste Frau zu benützen, welche lebhaften Widerhall fand. Dem hierauf vorgetragenen Sekretariatsbericht entnehmen wir die auch für weitere Kreise interessante Thatsache, daß die Kisfaludy-Gesellschaft, welche natürlich auch Originalwerke herausgibt, durch die Förderung und Verbreitung gelungener Uebersetzungen von fremden Dichtungen sich um die Nationalliteratur bedeutende Verdienste erwirbt. So hat die Gesellschaft im verflossenen Jahre einige dramatische Dichtungen von Shakespeare und Puschkins „Eugen Onegin“ in sorgfältigen Uebersetzungen veröffentlicht und unter dem ungarischen Lesepublikum verbreitet. Den übrigen Theil der Sitzung bildeten einige schönwissenschaftliche Vorträge. — Es hat die Annahme viel Wahrscheinlichkeit, daß die jüngsten in Ofen abgehaltenen hohen Beratungen theilweise auch schon das auf die Adresse zu erlassende königl. Reskript im Auge gehabt haben mögen. Daß die mit dem Inhalt des Adressentwurfs vertrauten Personen darüber sehr tiefes Stillschweigen beobachten, hat zum Theil in dem Schicksal der ersten 1861er Adresse seinen Grund. Ein Auszug aus derselben wurde einem französischen Journalisten mitgetheilt und das betreffende Pariser Blatt brachte den Auszug an dem Tage, an welchem der Entwurf zur Verlesung hätte kommen sollen. Bekanntlich wurde aber die Tagesordnung jener Sitzung durch den Tod Teletis unerwarteter Weise gestört — und so erschien jene Mittheilung in einem fremden Journale und unter Verkürzung der hiesigen Blätter verfrüht.

## Ausland.

**Paris,** 4. Februar. Der h. Vater hat, wie der „Moniteur“ anzeigt, dem Zentralunterstützungskomitee für Guadeloupe, wo die Cholera herrscht, die Summe von 1000 Fr. als persönlichen Beitrag einhändigen und dabei durch den päpstlichen Nuntius Monsignor Ghigi sein Bedauern ausdrücken lassen, daß er nicht im Stande

ist, einen wirksameren Beweis seiner väterlichen Theilnahme seinen so schwer heimgesuchten Kindern zu geben.

**London,** 6. Februar. Die feierliche Parlamentsöffnung hat heute stattgefunden. Die Thronrede der Königin spricht die tiefe Betrübniß über den Tod des Königs der Belgier aus, doch hegt die Königin das Vertrauen, daß seine Weisheit seinen Nachfolger befehlen und derselbe Belgiens Unabhängigkeit und Wohlfahrt wahren werde. Die auswärtigen Beziehungen seien freundlich und befriedigend; die Königin erblickt keinen Grund, irgend welche Störung des allgemeinen Friedens zu befürchten. Die Zusammenkunft der englisch-französischen Flotten befördere die Freundschaft beider Nationen und zeige der Welt ihre freundliche Uebereinstimmung zur Förderung des Friedens. Die Königin ist erfreut, daß Amerika die Schäden des Bürgerkrieges heilt; die Sklaveneinwanderung erzeuge in England die herzlichsten Sympathien, und der afrikanische Sklavenhandel sei, Dank dem englischen Geschwader, limitirt. Es werden dem Parlamente Kopien der Alabama-Korrespondenz vorgelegt werden. Die Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Brasilien sei erfreulich. Die Königin bedauert die Unterbrechung des Friedens zwischen Spanien und Chili, theilt mit, daß Spanien die von ihr gemeinsam mit Frankreich angebotenen guten Dienste angenommen, und hofft aufrichtig einen beiderseitig ehrenvollen und befriedigenden Ausgleich. Die Unterhandlungen mit Japan seien befriedigend abgeschlossen. Der Mikado habe die bestehenden Traktate ratifizirt, der japanesische Tarif werde revidirt werden. — Der Handelsvertrag mit Oesterreich wird, wie die Königin zuversichtlich hofft, jenem Reiche die Segnungen eines ausgedehnten Verkehrs erschließen und beiden Staaten wichtige Vortheile bringen. — Die Thronrede erwähnt sodann der Verlobung der Prinzessin Helene. — Sie gedenkt weiterhin der Vorgänge auf Jamaica, ferner der Kinderpest, gegen welche strengere Maßregeln vorgelegt werden sollen, und der Fernerverschöpfung sammt den der Verfassung gemäß gegen dieselbe ergriffenen Repressivmaßnahmen. Die Thronrede verheißt Bills, betreffend die Todesstrafe, die Bankrottgesetzgebung, die Finanzkontrolle und den Parlaments-Eid und spricht schließlich in sehr allgemeinen Ausdrücken über die Parlamentsreform.

Aus **Bukarest,** 1. Februar, wird der „G.-C.“ geschrieben: Die Vorstellungen, welche die Konsuln der garantirenden Mächte dem Fürsten Rusa in Bezug auf die Administration gemacht, haben bei einem großen Theile der Bevölkerung der Hauptstadt Erwartungen hervorgerufen, welche keineswegs begründet sind. Die Rathschläge der Mächte, weit entfernt von einer feindseligen Haltung oder Drohung, haben im Gegentheil den Zweck gehabt, den Fürsten darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahr für seine Regierung in der mangelhaften und gelinde gesprochenen „nachlässigen“ Verwaltung liegt, da durch dieselbe die Infolvenz des Staates gegen seine Beamte und seine Gläubiger hervorgerufen wird, und eine Regierung, welche den dringenden Verpflichtungen nicht nachkommen kann, keine Aussicht hat, sich zu halten. — Wenn man daher hier in Bukarest erwartet, daß die Mächte den Fürsten Rusa beiseitigen und einen anderen Fürsten an seine Stelle setzen werden, weil derselbe ihren Rathschlägen nicht gefolgt, vielleicht auch nicht folgen konnte, so ist dies gewiß eine sehr voreilige Annahme. Im Gegentheil werden die europäischen Großmächte es bedauern, wenn sie neue Kalamitäten und Verwickelungen in den Donaufürstenthümern durch ihren gut gemeinten Rath nicht zurückhalten konnten. Diese aber werden wohl eintreten müssen, da, wie es scheint, Fürst Rusa sich nicht in der Lage befindet, durch eine Aenderung der Verwaltung die finanziellen Verlegenheiten des Staates zu heben. Diese letzteren, nicht aber die garantirenden Mächte sind es, welche die Stellung des Hospodaren bedrohen. Seit Monaten sind Lieferanten, Beamte und selbst ein Theil der Armee nicht mehr gezahlt worden. Die Kassen sind leer und der Kredit des Staates scheint Null zu sein, denn der Finanzminister ist noch immer nicht im Stande gewesen, die Anleihe von 6 Mill. Pfund. (noch keine Million Gulden), welche die Kammer bewilligte, um vorläufig den dringendsten Bedürfnissen abzuwehren, zu realisiren. Die verschiedenen Unterhandlungen, welche zu dem Zweck mit der ottomanischen Bank, mit Lesevre, mit Boumag, sowie mit einigen englischen Bankhäusern angeknüpft wurden, haben sich sämmtlich zerschlagen, denn die Darleher waren mit den hohen Procenten, welche man ihnen bot, nicht zufrieden, sondern verlangten Garantien, verlangten Unterpfand. Da der Staat aber seine Zölle, Salinen u. bereits verpfändet hat, konnte er dies Verlangen nicht erfüllen — und Beamte und Soldaten bleiben unbezahlt. Dies ist der furchtbare Gegner, welcher den Thron des Fürsten Rusa bedroht, dessen Herannahen sich wie das Grollen eines Gewitters bereits bemerklich macht, das ist es, wenn man in den Straßen gedruckte Blätter mit den Worten: „Fort mit den Dieben“, „Nieder mit den Dieben“ findet, wenn von Abdankung oder Absetzung des Fürsten gesprochen wird und nächstlicher Weise angeschlagene Affichen das fürstliche Palais wegen Abreise des Besitzers für disponibel erklären. Gegen diesen Feind kann sich der Hospodar weder durch Soldaten noch durch eine künstlich gemachte Volksvertretung schützen, und selbst die von seinem Lobe

überströmende Adresse der Kammer, welche letzten Sonntag übergeben würde, wird weder im Inlande noch im Auslande irgend Jemand über die wahre Lage des Landes täuschen. Kann Fürst Rusa die Geldklemme nicht durch eine Anleihe beschwören, so wird ihm in der That nichts weiter übrig bleiben, als irgend ein Coup de désespération, da ein freiwilliges Aufgeben seiner Stellung, soviel davon auch gesprochen wird, von ihm nicht zu erwarten steht.

**Mexiko,** 29. Dezember. Nach dem neuesten Beschlusse des Kaisers Maximilian wird die Ergänzung für das Korps österreichischer Freiwilligen nun von Wien aus durch Oberst Leiser bewerkstelligt werden, ohne daß Offiziere von hier aus nach Oesterreich abgehen. General Graf Thun befindet sich seit einigen Wochen auf Befehl des Kaisers hier, ebenso Oberst Paul Zach, dem die Organisation einer nationalen Armee übergeben wurde. Während der Abwesenheit der beiden Herren von ihrem Dienstposten führt Oberstleutnant La Bigne das Korps-Kommando und Major Schönowsky ad interim das Distrikts-Kommando in der Sierra del Norte. Oberleutnant Dswadicz, welcher wie ich Ihnen in meinem letzten Berichte gemeldet habe, in die Gefangenschaft der Dissidenten fiel, ist sammt seiner Mannschaft wieder hierher zurückgekehrt, ebenso die 40 Uhlanen, welche bei der unglücklichen Affaire von Anhuakattan, bei welcher Graf Krugroch seinen Tod fand, von den Indianern gefangen wurden. Major Polak liegt in Folge einer Kontusion am Fuße krank in Puebla. Außer dem brillanten Gefechte, welches Hauptmann Baron Hammerstein am 16. d. M. der Bande des Atorre geliefert hat, ist vom Kriegsschauplatz nichts Neues zu berichten, und so will ich Ihnen nur von einem Konzerte erzählen, welches vor drei Tagen im hiesigen deutschen Kasino stattfand. Das Programm war folgendermaßen zusammengestellt: Ouverture aus der Oper „Nabukodonosor“ von Verdi, aufgeführt von dem ersten Musikkorps des österreichischen Freiwilligenkorps unter der Leitung des Musikdirektors Saverthal; dieser folgten Gesangspiecen, vorgetragen von Fr. Mathilde Saverthal, Mitglied der hiesigen italienischen Oper, und Frau Salzer, dem Lieblinge des hiesigen Publikums, abwechselnd mit Männerchören, welche von den Mitgliedern des deutschen Kasino's unter der Leitung des Herrn Saverthal exekutirt wurden. Für sämmtliche Vorträge ernteten die Mitwirkenden großen, wohlverdienten Beifall. Zum Schlusse des Konzertes fand eine recht gemüthliche, echt deutsche Unterhaltung bei Punsch und Champagner statt; allmählig entwickelte sich ein improvisirter Ball, der bis zum nächsten Morgen dauerte. Bei dem vorigen Woche stattgefundenen Kammerkonzerte bei Ihren Majestäten wirkte auch Fr. Mathilde Saverthal mit und erhielt von Ihrer Majestät als Zeichen der Anerkennung ein sehr werthvolles Brillanten-Armband. (Deb.)

## Tagesneuigkeiten.

Die Deputation, welche Sr. Majestät dem Kaiser die Dankadresse der Pilsener Bezirksvertretung für das Septembermanifest und Sr. Erzleuz dem Herrn Staatsminister eine Vertrauensadresse überreichen soll, wird am 9. d. M. nach Wien abgehen. Sollte Sr. Majestät sich bis dahin noch in Pest aufhalten, so soll sich die Deputation dorthin begeben.

Der Oberst in der Armee Graf Edmund Belcredi, Bruder des Staatsministers, wird sich, wie die „Nar. Listy“ melden, mit der Prinzessin Therese Thurn-Taxis, Schwester des Fürsten Hugo, vermählen. Beide Familien sind bereits verschwägert, da bekanntlich die Gemalin des Fürsten Hugo Taxis eine Schwester des Grafen Belcredi ist.

Im n. ö. Landtage wurde am 6. d. M. der Bericht der Kommission für landwirthschaftliche Angelegenheiten vertheilt. Die Kommission beantragt die Beschließung eines Landesgesetzes, durch welches die Freiheit der Grund und Boden ausgesprochen wurde.

Wie die „G.-C.“ aus sicherer Quelle vernimmt, wird der derzeit in Paris befindliche l. mexikanische Gesandte am Wiener Hofe schon gegen Ende dieser Woche wieder in Wien eintreffen, und entbehrt demnach die diesbezügliche Angabe der „Presse“, sowie die daran geknüpften Folgerungen jeder tatsächlichen Begründung.

Eine Wiener Korrespondenz der Prager „Politik“ vom 4. d. M. will von verlässlicher Seite vernommen haben, daß eine Verschiebung von galizischen und von mährischen Garnisonstruppen an die russische Grenze erfolgen und die Reise des Herrn FML. Freiherrn v. Baumgarten von Lemberg nach Prag damit im Zusammenhange stehen soll. — Die „G.-C.“ ist in der Lage, diese Notiz als reine Erfindung und jeder tatsächlichen Begründung entbehrend zu bezeichnen.

Zum Jungbunzlauer Monstreprozeß (Ovation für den Fürsten Taxis bei Antritt einer Arreststrafe) erfahren die „Narodni Listy“, daß auf Buthun des Herrn Justizministers von der Anklage gegen 20 Angeklagte abgesehen wurde. Die Anklage bleibt somit noch gegen 29 Personen aufrecht, darunter sind 4 Landtagsabgeordnete.

Das erste Heft der von S. Chorini, Redakteur des „Ungarischen Fremdenblattes“, in Pest herausgegebenen „Verhandlungen des ungarischen Reichstages vom Jahre 1865 und 1866“ (in deutscher Sprache) ist soeben erschienen. Wir finden in diesem umsichtig redigirten Diarium

